

**Teilfortschreibung des Regionalplans für die Region Stuttgart zur
Festlegung von Vorbehaltsgebieten und Öffnung der Regionalen
Grünzüge für Freiflächen-Photovoltaikanlagen**

Anlage zur Satzung vom 03.12.2025

**Plansatz 3.1.1 Regionale Grünzüge
– Änderung und Begründung –**

Plansatz 3.1.1 Regionale Grünzüge – Änderung und Begründung

Plansatz 3.1.1 Regionale Grünzüge (Z)

(die Änderung des Plansatzes ist fett gedruckt)

(1) Die in der Raumnutzungskarte festgelegten Regionalen Grünzüge sind Vorranggebiete für den Freiraumschutz mit dem Ziel der Erhaltung und Verbesserung des Freiraumes und der Sicherung des großräumigen Freiraumzusammenhangs.

Die Regionalen Grünzüge dienen der Sicherung der Freiraumfunktionen Boden, Wasser, Klima, Arten- und Biotopschutz, der naturbezogenen Erholung sowie insbesondere der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung und Produktion. Regionale Grünzüge dürfen keiner weiteren Belastung, insbesondere durch Bebauung, ausgesetzt werden. Funktionswidrige Nutzungen sind ausgeschlossen. Die Erweiterung bestehender standortgebundener technischer Infrastruktur ist ausnahmsweise zulässig.

(2) Neue raumbedeutsame, auf den Außenbereich angewiesene privilegierte Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BauGB, insbesondere der Land- und Forstwirtschaft, können in den Regionalen Grünzügen ausnahmsweise dann zugelassen werden, wenn diese einer bereits rechtskräftig bestehenden baulichen Anlage zugeordnet werden. Soweit eine Zuordnung von landwirtschaftlichen Produktionsstätten aus immissionsschutzrechtlichen Gründen nicht möglich ist, sind bei der Ansiedlung die landschaftlichen Gegebenheiten besonders zu berücksichtigen.

(3) Die Regionalen Grünzüge enthalten vielerorts nachweislich bestandskräftige, genehmigte bauliche Anlagen, Vorhaben und Bebauungspläne im Außenbereich, wie z. B. Sport- und Freizeiteinrichtungen. Diese haben in den Regionalen Grünzügen im Einzelfall Bestandsschutz. Erweiterungen sind im Rahmen der bisherigen Ausprägung möglich.

(4) Sofern die in der Raumnutzungskarte gebietsscharf festgelegten regionalen Grünzüge Vorranggebiete für den Abbau bzw. für die Sicherung von Rohstoffen gemäß PS 3.5.1 (Z) bzw. 3.5.2 (Z) überlagern, haben diese Vorrang gegenüber anderen im Grünzug zulässigen Nutzungen.

(5) Photovoltaik-Anlagen auf Freiflächen sind in Regionalen Grünzügen zulässig, sofern die dafür vorgesehenen Standorte nicht in Kernflächen und Kernräumen des Fachplans landesweiter Biotopverbund¹, im Wald oder in exponierten Lagen mit einer „sehr hoch“ oder „hoch“ bewerteten Landschaftsbildqualität gemäß Landschaftsbildbewertung der Region Stuttgart² liegen.

Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind im Regionalen Grünzug zusätzlich in Kernräumen des Fachplans landesweiter Biotopverbund zulässig, wenn durch eine vorliegende kommunale Landschaftsplanung die funktionale Umsetzung des Biotopverbundes belegt werden kann.

Bei der Beurteilung der Exposition einer Anlage können substantielle Maßnahmen zur Reduzierung der beeinträchtigenden Wirkung auf die Wahrnehmbarkeit entsprechender Anlagen mit berücksichtigt werden.

Es ist sicherzustellen, dass nach Aufgabe der Nutzung als Freiflächen-Solaranlage der Rückbau der baulichen Anlagen erfolgt. Eine Umnutzung der Flächen für andere bauliche Nutzungen ist ausgeschlossen.

¹ LUBW (2020): Fachplan landesweiter Biotopverbund – Räumliches Informations- und Planungssystem (RIPS); LUBW, Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

² vgl. Karte 16 Umweltbericht zur Teilfortschreibung des Regionalplans Region Stuttgart - Verfahren der Strategischen Umweltprüfung zur Teilfortschreibung des Regionalplans Region Stuttgart im Funktionsbereich Solarenergie; Verband Region Stuttgart/LUBW/Institut für Landschaftsplanung und Ökologie Universität Stuttgart (2012): Pilotprojekt für eine flächendeckende, GIS-gestützte Modellierung der landschaftsästhetischen Qualität in sechs Planungsregionen.

(6) Sofern die in der Raumnutzungskarte festgelegten Gebiete für Standorte regionalbedeutender Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen (PS 4.2.1.2.3.2 (G)) die Regionalen Grünzüge überlagern, kommt der in PS 4.2.1.2.3.2 festgelegten Nutzung besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen im Regionalen Grünzug zulässigen Nutzungen zu.

Begründung der Änderung des „Plansatzes 3.1.1 Regionale Grünzüge“, Abs. 5 und Abs. 6

(Die Begründung der Abs. (1) - (4) bleibt unverändert)

Der § 2 EEG³ weist den Erneuerbaren Energien eine besondere Bedeutung zu: Die Errichtung von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien liegt demnach im überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit.

Zudem wurde das Landesplanungsgesetz (LplG⁴) geändert, um dem Ziel des raschen Ausbaus der Erneuerbaren Energien entsprechend Rechnung zu tragen. Das Landesplanungsgesetz setzt in § 2 LplG neue Planungsleitlinien fest, um die räumlichen Voraussetzungen für den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu schaffen und insbesondere dem Flächenbedarf für Erneuerbare Energien Rechnung zu tragen (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 a und 2 c LplG). Die Regionalen Grünzüge sollen für Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen unverzüglich und aus Gründen des öffentlichen Interesses im Sinne des § 2 EEG geöffnet werden (§ 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG).

Mit der Änderung des Plansatzes 3.1.1 Regionale Grünzüge wird der Grünzug gem. § 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG i. V. m. § 2 EEG für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen teilweise geöffnet, sofern diese Anlage nicht in Kernflächen und Kernräumen des Biotopverbunds¹ in Waldflächen oder in exponierten Bereichen mit einer Landschaftsbildqualität „sehr hoch“ und „hoch“ liegen.

Flächen des
landesweiten
Biotopverbunds

Das Bundesnaturschutzgesetz gibt den Ländern vor, einen Biotopverbund auf mindestens 10 % der Landesfläche zu realisieren (§ 21 BNatSchG⁵). Der landesweite Biotopverbund ist als Planungsgrundlage im Naturschutzgesetz des Landes (§ 22 NatSchG⁶) verankert. Der Biotopverbund besteht aus Fachplänen. Der Biotopverbund setzt sich zusammen aus den Kernflächen, Kernräumen und Suchräumen. Das Herzstück bilden dabei die Kernflächen, die wertvolle Vorkommen von Tieren und Pflanzen enthalten und die sich von hier ausbreiten und austauschen können. Zusätzlich zu den Kernflächen des Biotopverbunds sind auch die Kernräume von Solaranlagen freizuhalten. Die Kernräume sind eine Erweiterung der Kernflächen und fassen die in der Distanz von max. 200 m erreichbaren Kernflächen zusammen: Sie sind insbesondere für wenig mobile Arten von großer funktionaler Bedeutung.

Die Flächen des landesweiten Biotopverbunds sind gemäß § 22 NatSchG im Rahmen der Regionalpläne – soweit erforderlich und geeignet – zu sichern.

Die Flächen des Biotopverbunds sind derzeit in der Region Stuttgart weitgehend über den Regionalen Grünzug vor baulicher Inanspruchnahme geschützt. Sie wären bei einer monofunktionalen Herangehensweise essenzieller Bestandteil einer freiraumschützenden Zielkulisse als Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege. Um den Schutz des Regionalen Grünzugs dieser naturschutzfachlich hochwertigen Bereiche weiterhin auch als Ausgangspunkt für kommunale Biotopverbundssysteme aufrecht zu erhalten, sollen Solaranlagen nicht in diesen Bereichen im Regionalen Grünzug errichtet werden.

³ „Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ vom 20.07.2022 (BGBl. 2022 I Nr. 28 S. 1237)

⁴ geändert durch: „Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes“ vom 15.11.2022 (GBl. BW 2022 Nr. 36 S. 537)

⁵ Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240)

⁶ Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft (Naturschutzgesetz – NatSchG) vom 23. Juni 2015 (GBl. 2015, s. 585), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26, 44)

Dies betrifft ca. 10 % der Flächen des Regionalen Grünzugs außerhalb durch Fachrecht gesicherter Flächen. In den Bereichen der Kernräume und -flächen des Biotopverbunds stellen Solaranlagen eine funktionswidrige Nutzung dar. Das Schutzerfordernis des Biotopverbunds leitet sich auch aus dem § 1 Abs. 4 Bundesnaturschutzgesetz, ab: *„Zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sind insbesondere Vorkommen von Tieren und Pflanzen sowie Ausprägungen von Biotopen und Gewässern auch im Hinblick auf ihre Bedeutung für das Natur- und Landschaftserlebnis zu bewahren und zu entwickeln“*. § 1 BNatschG steht dabei in engem Bezug zu Artikel 20 a Grundgesetz: *„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere“*. Zu diesen zählen vor dem Hintergrund des Artensterbens und des dramatischen Rückgangs der Biodiversität in besonderer Weise die Kernräume und -flächen des landesweiten Biotopverbunds. Sie dienen nach § 21 NatschG (1) *„der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. [...]“*. Nach § 21 NatschG (6) sind *„Auf regionaler Ebene [...] insbesondere in von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderliche lineare und punktförmige Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung)“*. Dieses kann nur gelingen, wenn zumindest die – räumlich genau bestimmten – Kernflächen und -räume des landesweiten Biotopverbunds von technischer Überprägung freigehalten werden.

Kernräume des Biotopverbundes stehen einer Öffnung des Regionalen Grünzuges nicht entgegen, wenn durch eine vorliegende kommunale Landschaftsplanung die funktionale Umsetzung des Biotopverbundes belegt wird.

Wald

In der dichtbesiedelten Region Stuttgart sind Waldflächen nicht nur eine wichtige wirtschaftliche Ressource in Sinne nachwachsender Rohstoffe, sondern sie haben eine herausragende Bedeutung für Ökologie, Klima, Klimaschutz und insbesondere für die Naherholung. Vor dem Hintergrund der klimatischen, ökologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung bedürfen diese Funktionen der Wälder gerade in der verdichteten Region Stuttgart einer besonderen Sicherung. Dies entspricht auch den Zielen des Landesentwicklungsplanes, nach denen Wald zu erhalten, zu schützen und zu pflegen ist (Plansatz 5.3.4. (Z) Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg). Für Wald im Verdichtungsraum sowie für Wälder mit besonderen Schutz- und Erholungsfunktionen gilt überdies ein besonderer Schutz. Hier sind nach Plansatz 5.3.5 des Landesentwicklungsplans die Eingriffe in den Wald auf das Unvermeidbare zu beschränken.

Die Waldflächen sind derzeit in der Region Stuttgart – sofern nicht bereits über landesplanerische oder fachrechtliche Regelungen – weitgehend über den Regionalen Grünzug als Ziel der Regionalplanung vor baulicher Inanspruchnahme geschützt. Die im Regionalplan ausgewiesenen „Gebiete für Forstwirtschaft und Waldfunktionen“ (Plansatz 3.2.3.) stehen als regionalplanerische Grundsätze im Interesse einer nachvollziehbaren Plananwendung hinter dem Grünzug als multifunktionalem Planelement zurück. Im Hinblick auf die umfassende Bedeutung des Waldes für eine nachhaltig ausgerichtete Regionalentwicklung wäre auch eine zielförmige Planaussage zu rechtfertigen – wie dies auch in anderen Regionalplänen erfolgt ist. Zum Schutz der Waldflächen und zur Sicherung der von ihnen wahrgenommenen Funktionen sollen Solaranlagen in diesen Bereichen des Regionalen Grünzuges nicht zugelassen werden.

Exponierte Lagen

Raumbedeutsame Solaranlagen können aufgrund ihrer großen Flächeninanspruchnahme in Bereichen mit einer hohen oder sehr hohen Qualität des Landschaftsbildes² insbesondere an besonders exponierten Standorten zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und damit der Funktion der Landschaft für die naturbezogene Erholung führen.

Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft sind gemäß § 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) auf Dauer zu sichern und vor einer weiteren Zersiedlung zu bewahren. Der Schutz des Landschaftsbildes ist damit gesetzlich verankert. In der Gesetzesbegründung zum § 2 EEG hinsichtlich des überragenden öffentlichen Interesses des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sind das Landschaftsbild, der Denkmalschutz sowie der Naturschutz beispielhaft als Belange genannt, auf die sich das überragende öffentliche Interesse bezieht. Damit soll eine grundsätzliche Priorisierung zugunsten der Erneuerbaren Energien gegenüber diesen Belangen erreicht werden. Damit sind diese Belange jedoch nicht per se unerheblich oder letztabgewogen. In begründeten Fällen kann hiervon abgewichen werden. Diese liegen in der Region Stuttgart vor: In der dicht besiedelten Region Stuttgart sind unzerschnittene, strukturreiche oder nur durch wenige bauliche Anlagen geprägte Räume wichtige Elemente einer erholungsgerechten Landschaft, die wesentlich zur hohen Lebensqualität der Region beitragen. In den Umfragen des Verbands Region Stuttgart im Jahr 2018 und 2023 nannten die Menschen die Natur und Landschaft als den Aspekt der Region, der ihnen am meisten gefällt. Insbesondere die Naherholungsmöglichkeiten in der Natur werden hier als wichtiger Aspekt genannt. Die Qualität des Landschaftsbildes spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Naherholungsmöglichkeiten tragen auch essenziell zur Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung bei (Zu weiteren Aspekten siehe die ausführliche Darstellung in der Begründung der Teilfortschreibung).

Bereiche, deren Qualität in der Landschaftsbildbewertung insgesamt als „sehr hoch“ und „hoch“ bewertet werden, sind in exponierten Lagen daher von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen freizuhalten.

Dabei handelt es sich um Landschaftsbestandteile, die eine hohe landschaftliche Schönheit und Vielfalt oder Eigenart aufweisen und auf Grund ihrer Lage an Hängen von vielen Blickpunkten aus wahrgenommen werden können. Sie nehmen damit großen Einfluss auf den Erholungswert und die Charakteristik der Landschaft. Eine flächenhafte Belegung mit Freiflächen-PV würde sich nicht nur auf die Fläche selbst und ihren Nahbereich, sondern auch auf einen größeren Umgriff technisch überprägend auswirken; Abschirmungen durch Bepflanzung wären je nach Hangneigung nicht oder wenig wirksam.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die hohe bzw. sehr hohe Qualität des Landschaftsbildes alleine keinen Ausschluss von PV-Anlagen begründet. Maßgeblich ist vielmehr, dass der jeweilige Standort auch eine gewisse Exposition aufweisen muss. Konkret bedeutet dies, dass die Anlagen von einem größeren Einzugsbereich aus sichtbar sein müssen. In dieser Hinsicht ist also in jedem Falle eine entsprechende Beurteilung des Einzelfalles erforderlich, der die tatsächliche, weitreichende Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zugrunde zu legen ist. Mit berücksichtigt werden können dabei auch substanzialische Maßnahmen zur Reduzierung der beeinträchtigenden Wirkung auf die Wahrnehmbarkeit entsprechender Anlagen. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, dass auch im Rahmen der Aufstellung eines (außerhalb der durch § 35 BauGB privilegierten Bereiche die Aufstellung eines Bebauungsplanes regelmäßig erforderlich ist. Diese Bauleitpläne unterliegen dabei – unabhängig von der Öffnung des Regionalen Grünzuges auch den einschlägigen Anforderungen an die Reduzierung der mit ihnen jeweils verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft. Auch vor diesem Hintergrund kommen die in dieser Hinsicht exponierten Standorte mit einer hohen / sehr hohen Qualität des Landschaftsbildes – zumindest bei Vorliegen geeigneter Alternativen – allenfalls nachrangig in Betracht.

Weitere umweltrelevante Belange sind nicht als eigenständige Ausschluss-Kriterien für die Zulässigkeit von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen festgelegt, da hierfür auf Verfahrensebene das jeweilige Fachrecht unter der Prämisse des überragenden öffentlichen Interesses (§ 2 EEG) einschlägig ist. Bei verfahrensfreien Vorhaben verbleibt die Verantwortung bei den Vorhabenträgern, die Einhaltung aller einschlägigen öffentlich-rechtlichen Anforderungen eigenverantwortlich zu prüfen und sicherzustellen.

Die bisher durch den Regionalen Grünzug als multifunktionales Instrument des Freiraumschutzes geschützten Belange des Bodenschutzes, Wasser-, Klima-, Arten- und Biotopschutzes, der naturbezogenen Erholung sowie der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung und Produktion werden auf Grundlage des § 2 EEG somit teilweise zurückgestellt.

Für privilegierte Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB ergibt sich die Rückbauverpflichtung aus § 35 Abs. 5 BauGB⁷. Demnach ist für Vorhaben gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 8 b (Vorhaben zur Nutzung solarer Strahlungsenergie entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes) eine Rückbauverpflichtung abzugeben: Die Vorhaben sind nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen. Entsprechend sollte dies auch für andere privilegierte Anlagen gehandhabt werden.

Für Solar-Anlagen, die nicht im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 8 privilegiert sind, ist der Rückbau der Anlagen und die künftige Nutzung der Fläche im Rahmen der Bauleitplanung durch entsprechende Festsetzungen bzw. flankierende vertragliche Regelungen sicherzustellen.

In den „Gebieten für besonderen Freiraumschutz“ nach Plansatz 3.2.1 bis einschließlich Plansatz 3.2.4, in den „Gebieten zur Sicherung von Wasservorkommen“ nach Plansatz 3.3.1 bis einschließlich Plansatz 3.3.7 ist das überragende öffentliche Interesse an der Nutzung Erneuerbarer Energiequellen i. S. d. § 2 EEG besonders zu beachten. Gleichzeitig sind die in den jeweiligen Plansätzen formulierten Ansätze zum Schutz bzw. zur Aufwertung der jeweiligen Freiraumfunktion bei Planung und Ausführung soweit möglich zu berücksichtigen.“

Solaranlagen sind zudem in Bereichen des Regionalen Grünzugs ausgeschlossen, die durch andere im Regionalplan der Region Stuttgart festgelegte Ziele überlagert werden. Hier gelten Festlegungen der jeweiligen Plansätze.

Die über Fachrecht gesicherten Aspekte gelten unabhängig regionalplanerischer Regelungen. Die Öffnungsklausel für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen im Regionalen Grünzug erfolgt zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des § 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG. Andere Nutzungen als Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen sind hiervon nicht erfasst. Nach der Aufgabe der Photovoltaik-Nutzung im Regionalen Grünzug sind die Anlagen zurückzubauen. Eine Umnutzung oder Konversion dieser Flächen für andere bauliche Nutzungen ist ausgeschlossen.

Die Regionalverbände in Baden-Württemberg werden außerdem im Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) dazu verpflichtet, in den Regionalplänen mindestens 0,2 % der jeweiligen Regionsfläche als Gebiete für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen festzulegen (§ 21 KlimaG BW).

Um den gesetzlichen Vorgaben des KlimaG BW sowie LplG nachzukommen, werden im Sinne des Raumordnungsgesetzes (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 und § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG) sowie des Landesplanungsgesetzes (§ 11 Abs. 3 Nr. 7 und Nr. 11, § 11 Abs. 7 und Abs. 8 LplG) in Plansatz 4.2.1.2.3.2 „Gebiete für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen“ festgelegt.

⁷ Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist

Die Festlegung von Vorbehaltsgebieten erfolgt in Überlagerung mit dem Regionalen Grünzug (PS 3.1.1 (Z)). Der Regionale Grünzug wird in den jeweiligen „Gebieten für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen“ für die in PS 4.2.1.2.3.2 festgelegte Nutzung geöffnet (PS 3.1.1 Abs. 5).

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben in § 21 KlimaG BW sind die Vorbehaltsgebiete ausdrücklich für Freiflächen-Photovoltaik zu sichern, Solarthermieanlagen sind insofern ausgeschlossen. Die in PS 4.2.1.2.3.2 festgelegte Nutzung hat zudem Vorrang gegenüber anderen im Regionalen Grünzug zulässigen Nutzungen. Die freiraumschützende Wirkung des Regionalen Grünzuges bleibt im Übrigen erhalten.

**Teilfortschreibung des Regionalplans für die Region Stuttgart zur
Festlegung von Vorbehaltsgebieten und Öffnung der Regionalen
Grünzüge für Freiflächen-Photovoltaikanlagen**

Anlage zur Satzung vom 03.12.2025

**Plansatz 4.2.1.2.3 und 4.2.1.2.3.1
Nutzung solarer Strahlungsenergie (G)
– Änderung und Begründung –**

Plansatz 4.2.1.2.3 Solarenergie

Plansatz 4.2.1.2.3.1 Nutzung solarer Strahlungsenergie (G)

(die Änderungen bzw. Ergänzung des Plansatzes sind fett gedruckt)

Im Rahmen einer verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien ist innerhalb von besiedelten Gebieten und auf versiegelten Flächen ein Ausbau der solaren Energiegewinnung anzustreben.

Im planungsrechtlichen Außenbereich kommt eine Nutzung solarer Strahlungsenergie insbesondere in den Bereichen ohne entgegenstehende Ziele der Regionalplanung sowie in den hierfür vorgesehenen Gebieten für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in Betracht.

Um der gesetzlichen Verpflichtungen zur Öffnung des Regionalen Grünzugs für Erneuerbare Energien des § 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG nachzukommen, werden nach Plansatz 3.1.1 Abs. 5 und Abs. 6 die Regionalen Grünzüge für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen geöffnet.

Begründung „Plansatz 4.2.1.2.3.1 Nutzung solarer Strahlungsenergie“

Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Energieversorgung. Hierzu gehört auch die Nutzung solarer Strahlungsenergie in Form von Photovoltaik (Strom) und Wärme (Solarthermie).

Die Nutzung regenerativer Energiequellen führt zu einer erheblichen Reduktion des Ausstoßes klimaschädlicher Emissionen und gewährleistet eine langfristige, regionale Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Energie.

Die Kommunale Wärmeplanung spielt hierbei eine entscheidende Rolle, auch um die in der Region erzeugte Energie lokal und effizient zu nutzen. Ein Ergebnis vorausschauender (bzw. teilweise gesetzlich vorgeschriebener) kommunaler Wärmeplanung können Nahwärmenetze sein, die auch mit Freiflächen-Solaranlagen kombiniert werden können.

In diesem Zusammenhang wird für die kommunale Praxis auf folgende Publikationen hingewiesen:

- Kommunale Wärmeplanung, Handlungsleitfaden, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft 2021
- Freiflächensolaranlagen, Handlungsleitfaden, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft 2019
- Anpassungsstrategie zum Klimawandel BW (Fortschreibung 2023) sowie die zugehörigen „Kompaktinformationen für Kommunen, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft 2023

Für die Errichtung entsprechender Anlagen bedarf es geeigneter Flächen. Flächen sind ein endliches Gut. Durch die Installation von Solaranlagen auf oder an Gebäuden oder bereits baulich genutzten Flächen werden keine zusätzlichen Freiflächen für die Energieerzeugung beansprucht. Im Interesse eines schonenden Ressourcen- bzw. Flächeneinsatzes sollte daher die Nutzung von bestehenden baulichen Anlagen oder versiegelten Flächen grundsätzlich Vorrang vor der Inanspruchnahme von Freiflächen genießen¹. Laut dem Energieatlas Baden-Württemberg (www.energieatlas-bw.de) sind über 90 % des theoretischen Potenzials auf Dächern in der Region Stuttgart ungenutzt. Dies entspricht einer Energieleistung von ca. 10.630 MW. Auf Dachflächen installiert sind 770 MW (Stand 2020). Für Neubauten oder grundlegende Dachsanierungen gelten bereits gesetzliche Vorgaben zur Installation entsprechender Anlagen („Solardach-Pflicht“, § 23 KlimaG BW). Die Möglichkeit der Umsetzung im Bestand ist allerdings von vielen weiteren Faktoren abhängig: Bereitschaft bzw. eigentumsrechtliche Regelungen, Handwerker- und Materialverfügbarkeit, finanzielle Aspekte, Regulierungsdichte etc. können den Ausbau hemmen.

Zur Beschleunigung der Energiewende und Sicherung der Energieversorgung soll der Ausbau der Solarenergienutzung im Freiraum vorangebracht werden. Hierzu wurde die Bundesgesetzgebung (insbesondere § 2 EEG: „Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien“) wie auch die Landesgesetzgebung (insbesondere § 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG: „Unverzögliche Öffnung des Regionalen Grünzugs“) geändert und mit § 21 KlimaG BW ein Flächenziel für Gebiete für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen verankert.

Durch Auswahl der Vorbehaltsgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen wird zudem die in § 35 BauGB eingeführte Privilegierung von Solaranlagen an bestimmten Standorten aufgegriffen und so die bundesrechtlich angestrebte Verfahrensvereinfachung in der Regionalplanung berücksichtigt.

¹ Eckpunktepapier BMWK, BMUV und BMEL vom 10.02.2022: Ausbau der Photovoltaik und Freiflächen im Einklang mit landwirtschaftlicher Nutzung und Naturschutz

**Teilfortschreibung des Regionalplans für die Region Stuttgart zur
Festlegung von Vorbehaltsgebieten und Öffnung der Regionalen
Grünzüge für Freiflächen-Photovoltaikanlagen**

Anlage zur Satzung vom 03.12.2025

Plansatz 4.2.1.2.3.2

**Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer
Freiflächen-Photovoltaikanlagen**

**– Aufnahme eines neuen Plansatzes und Be-
gründung –**

Plansatz 4.2.1.2.3.2 Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen (G)

- (1) Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen werden entlang von Verkehrsinfrastrukturtrassen im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB (i. d. F. 20. Dezember 2023) sowie im Umfeld von Infrastrukturanlagen, die eine vergleichbare Raumwirkung entfalten, festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt.

Gebiets-Nr.	Gemeinde	Fläche [ha]	Hinweise
BB-PV-01	Bondorf	7 ha	-
BB-PV-02	Bondorf	15 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt
BB-PV-03	Bondorf	18 ha	-
BB-PV-04	Bondorf, Gäufelden	104 ha	Enthält geplante Straßenbaumaßnahme (Auffahrtsrampen)
BB-PV-05	Gäufelden	23 ha	-
BB-PV-06	Gäufelden, Herrenberg	47 ha	Enthält gepl. Radwege; Abstimmung mit Straßenbau notwendig
BB-PV-07	Herrenberg	27 ha	-
BB-PV-08	Herrenberg	8 ha	-
BB-PV-09	Herrenberg	9,1 ha	-
BB-PV-11	Nufringen	33 ha	Grenzt an NATURA2000-Gebiet "Gäulandschaft an der Würm"; Beeinträchtigungen sind auszuschließen; enthält gepl. Straßenbaumaßnahme (Umbau B14)
BB-PV-12	Nufringen, Gärtringen	29 ha	-
BB-PV-13	Holzgerlingen	9 ha	-
BB-PV-14	Ehningen	7 ha	-
BB-PV-15	Steinenbronn	4 ha	Nach § 11 LWaldG befristet umgewandelte Waldfläche, Vorhabensentwicklung nur in Abstimmung mit Deponie- und Rekultivierungsplanung;
BB-PV-16	Holzgerlingen	3 ha	-
BB-PV-17	Ehningen	4 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt
BB-PV-18	Sindelfingen, Böblingen	23 ha	Fernwasserleitung berücksichtigen
BB-PV-20	Magstadt	4 ha	-
BB-PV-21	Magstadt	15 ha	Grenzt an NATURA2000-Gebiet "Gäulandschaft an der Würm"; Beeinträchtigungen sind auszuschließen

Gebiets-Nr.	Gemeinde	Fläche [ha]	Hinweise
BB-PV-22	Renningen	24 ha	Enthält gepl. Radwege; Abstimmung mit Straßenbau notwendig
BB-PV-23	Renningen	15 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt
BB-PV-24	Leonberg	13 ha	Fernwasserleitung berücksichtigen
BB-PV-25	Leonberg, Rutesheim	26 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt; Gashochdruckleitung berücksichtigen
BB-PV-26	Rutesheim	4 ha	Gashochdruckleitung berücksichtigen
BB-PV-27	Rutesheim	5 ha	-
BB-PV-28	Sindelfingen	3 ha	Bestandsgebiet
ES-PV-01	Bempflingen	6 ha	-
ES-PV-02	Großbettlingen,	11 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt
ES-PV-03	Schlaitdorf	4 ha	-
ES-PV-04	Dettingen unter Teck, Kirchheim unter Teck	38 ha	Grenzt an Vogelschutzgebiet "Vorland der mittl. Schwäb. Alb"; Beeinträchtigungen sind auszuschließen
ES-PV-05	Weilheim an der Teck, Aichelberg	75 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt; grenzt an Vogelschutzgebiet "Vorland der mittl. Schwäb. Alb"; Beeinträchtigungen sind auszuschließen; Gashochdruckleitung und Fernwasserleitung berücksichtigen
ES-PV-06	Filderstadt	42 ha	Abstimmung mit Ausbauplänen B 27 AS Leinfelden-Echterdingen-Nord - AS Aich; Fernwasserleitung berücksichtigen
ES-PV-08	Filderstadt, Leinfelden-Echterdingen	127 ha	Anflugbereich Flughafen Stuttgart, Blindgutachten erforderlich; Abstimmung mit Ausbauplänen B 27 AS Leinfelden-Echterdingen-Nord - AS Aich; Bereich mit Altablagerung; Gashochdruckleitung und Fernwasserleitung berücksichtigen
ES-PV-09	Köngen	34 ha	Abstimmung mit Ausbauplänen A 8
ES-PV-11	Neuhausen auf den Fildern, Denkendorf, Ostfildern	147 ha	Anflugbereich Flughafen Stuttgart, Blindgutachten erforderlich; Fernwasserleitung berücksichtigen
ES-PV-12	Leinfelden-Echterdingen	41 ha	Abstimmung mit Ausbauplänen B 27 AS Leinfelden-Echterdingen-Nord - AS Aich; Gashochdruckleitung berücksichtigen Anflugbereich Flughafen Stuttgart, Blindgutachten erforderlich
ES-PV-13	Esslingen am Neckar	8 ha	Nach § 11 LWaldG befristet umgewandelte Waldfläche; Vorhabensentwicklung nur in

Gebiets-Nr.	Gemeinde	Fläche [ha]	Hinweise
			Abstimmung mit Deponie- und Rekultivierungsplanung
ES-PV-14	Filderstadt	4 ha	Bestandsgebiet
ES-PV-15	Plochingen	3 ha	Bestandsgebiet, forstrechtliche Belange sind zu berücksichtigen
GP-PV-01	Süßen	13 ha	-
GP-PV-02	Süßen, Eislingen/Fils	15 ha	Fernwasserleitung und Telekommunikationskabel terranets berücksichtigen
GP-PV-03	Schlierbach	18 ha	Fernwasserleitung berücksichtigen Produktenfernleitung berücksichtigen
GP-PV-04	Göppingen	6 ha	grenzt an das FFH-Gebiet „Rehgebirge und Pfuhlbach“. Beeinträchtigungen durch Anlagen sind auszuschließen.
GP-PV-05	Uhingen	14 ha	Abstimmung mit Ausbauplänen Bahn (Dreigleisiger Ausbau Filstalstrecke) Produktenfernleitung berücksichtigen
GP-PV-06	Wäschenbeuren	17 ha	Mit Planungen Umgehungsstraße Wäschenbeuren abstimmen Produktenfernleitung berücksichtigen
LB-PV-01	Gerlingen, Ditzingen	76 ha	Gashochdruckleitung berücksichtigen
LB-PV-02	Ditzingen, Korntal-Münchingen	83 ha	Enthält WSG Zone I und Trinkwasserfassung, geplante Elektrifizierung der Strohgäubahn berücksichtigen Fernwasserleitung berücksichtigen
LB-PV-03	Markgröningen, Schwieberdingen, Möglingen, Korntal-Münchingen	243 ha	Gashochdruckleitung berücksichtigen Hubschraubersonderlandeplätze Schwieberdingen und Markgröningen beachten, Blendwirkung ggfs. beschränken Vorzugstrasse Stadtbahn LUCIE berücksichtigen Fernwasserleitung berücksichtigen
LB-PV-04	Kornwestheim	33 ha	-
LB-PV-05	Schwieberdingen, Markgröningen	62 ha	Vorhabensentwicklung nur in Abstimmung mit Deponie- und Rekultivierungsplanung; Abstimmung mit Ausbauplänen B 10 Enzweihingen – AS Stuttgart-Zuffenhausen (A 81)
LB-PV-06	Markgröningen, Vaihingen an der Enz	68 ha	Vorhabensentwicklung nur in Abstimmung mit Betreiber Umspannwerk möglich
LB-PV-07	Vaihingen an der Enz	66 ha	Abstimmung mit Ausbauplänen B 10 Enzweihingen - AS Stuttgart-Zuffenhausen (A 81); Gashochdruckleitung berücksichtigen
LB-PV-09	Ludwigsburg, Freiberg am Neckar	11 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt; Gashochdruckleitung und Fernwasserleitung berücksichtigen
LB-PV-10	Freiberg am Neckar	11 ha	Gashochdruckleitung berücksichtigen

Gebiets-Nr.	Gemeinde	Fläche [ha]	Hinweise
LB-PV-11	Tamm	25 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt; enthält mögl. Trasse für Radschnellweg
LB-PV-12	Tamm	6 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt
LB-PV-13	Freiberg am Neckar, Benningen am Neckar	56 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt; Fernwasserleitung berücksichtigen
LB-PV-14	Vaihingen an der Enz	43 ha	-
LB-PV-15	Vaihingen an der Enz	10 ha	-
LB-PV-16	Pleidesheim, Steinheim an der Murr	137 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt
LB-PV-17	Bietigheim-Bissingen	39 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt; Gashochdruckleitung berücksichtigen
LB-PV-18	Mundelsheim	30 ha	Abstimmung mit Ausbauplänen B 328 Mundelsheim - Backnang
LB-PV-19	Walheim	3 ha	-
LB-PV-20	Großbottwar	4 ha	-
LB-PV-21	Gemrigheim	16 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt
RMK-PV-01	Plüderhausen	8 ha	Fernwasserleitung berücksichtigen
RMK-PV-02	Schorndorf, Urbach	13 ha	Lage unter Mittelspannungsfreileitung. Zugänglichkeit ist zu gewährleisten.
RMK-PV-03	Fellbach	11 ha	Abstimmung mit Ausbauplänen B 14 Umbau AS Fellbach Süd, Fernwasserleitung berücksichtigen
RMK-PV-04	Waiblingen, Weinstadt	52 ha	Lage im planfestgestellten Korridor der süddeutschen Erdgasleitung, Abstimmung erforderlich. Lage unter Mittelspannungsfreileitung. Zugänglichkeit ist zu gewährleisten; Gashochdruckleitung und Fernwasserleitung berücksichtigen
RMK-PV-05	Waiblingen, Korb	32 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt; Gashochdruckleitung berücksichtigen
RMK-PV-07	Waiblingen, Schwaikheim	23 ha	Lage unter Höchstspannungsfreileitung; unter Genehmigungsvorbehalt; Gashochdruckleitung und Fernwasserleitung berücksichtigen; geplante Trasse Radschnellwegverbindung Backnang - Waiblingen

Gebiets-Nr.	Gemeinde	Fläche [ha]	Hinweise
RMK-PV-08	Winnenden	11 ha	nach § 11 LWaldG befristet umgewandelte Waldfläche; Vorhabensentwicklung nur in Abstimmung mit Deponie- und Rekultivierungsplanung
RMK-PV-09	Winnenden	11 ha	-
RMK-PV-10	Leutenbach	35 ha	Enthält gepl. WSG Zone I und Trinkwasserfassung; gepl. Auffüllfläche; Wasserversorgungsleitungen berücksichtigen
RMK-PV-11	Backnang	40 ha	Produktenleitungen kreuzen; Wasserversorgungsleitungen berücksichtigen
RMK-PV-12	Backnang, Aspach	13 ha	Abstimmung mit Ausbauplänen B 328 Mundsheim – Backnang; Fernwasserleitung und Wasserversorgungsleitungen berücksichtigen
RMK-PV-13	Backnang, Oppenweiler	26 ha	nach § 11 LWaldG befristet umgewandelte Waldfläche; Vorhabensentwicklung nur in Abstimmung mit Deponie- und Rekultivierungsplanung; Fernwasserleitung berücksichtigen
S-PV-01	Stuttgart, Ostfildern	60 ha	Anflugbereich Flughafen Stuttgart; Blendgutachten erforderlich
S-PV-02	Stuttgart	12 ha	-
S-PV-03	Stuttgart	4 ha	nach § 11 LWaldG befristet umgewandelte Waldfläche; Vorhabensentwicklung nur in Abstimmung mit Deponie- und Rekultivierungsplanung
S-PV-04	Stuttgart, Kornwestheim	50 ha	Abstimmung mit Ausbauplänen NO-Ring Stuttgart - (B 27 - B 14)
S-PV-05	Stuttgart	15 ha	Vorhabensentwicklung nur in Abstimmung mit Betreiber Umspannwerk, Abstimmung mit Ausbauplänen NO-Ring Stuttgart - (B 27 - B 14)

- (2) In den Gebieten für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist dem Bau und Betrieb der Anlagen bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen ein besonderes Gewicht beizumessen.
- (3) In den Gebieten für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen, die sich mit den „Gebieten für besonderen Freiraumschutz“ nach Plansatz 3.2.1 bis einschließlich 3.2.4 oder den „Gebieten zur Sicherung von Wasservorkommen“ nach Plansatz 3.3.1 bis einschließlich 3.3.7 überlagern, ist das überragende öffentliche Interesse an der Nutzung Erneuerbarer Energiequellen i. S. d. § 2 EEG besonders zu beachten. Gleichzeitig sind die in den jeweiligen Plansätzen formulierten Ansätze zum Schutz bzw. zur Aufwertung der jeweiligen Freiraumfunktion bei Planung und Ausführung soweit möglich zu berücksichtigen.

Begründung "Plansatz 4.2.1.2.3.2 Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen"

Die Regionalen Grünzüge sollen unverzüglich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Sinne des § 2 EEG geöffnet werden (§ 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG). Die Regionalverbände Baden-Württembergs werden zudem in § 21 KlimaG BW verpflichtet, in den Regionalplänen mindestens 0,2 % der jeweiligen Regionsfläche als Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen festzulegen.

Die Ausweisung erfolgt in Form von Vorbehaltsgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Diese lösen – anders als Vorranggebiete – keine unmittelbare Bindungswirkung für die Bauleitplanung aus (§ 1 Abs. 4 BauGB). Der Nutzungen von Freiflächen-Photovoltaik kommt bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen ein besonderes Gewicht zu. Das "überragende öffentliche Interesse" des § 2 EEG ist dabei zu beachten.

Die Festlegung von Vorbehaltsgebieten erfolgt in Überlagerung mit dem Regionalen Grünzug (PS 3.1.1 (Z)). Der Plansatz zum Regionalen Grünzug ist um eine entsprechende Öffnungsklausel für PV-Anlagen im Bereich der Vorbehaltsgebiete ergänzt (vgl. PS 3.1.1 Abs. 6).

Die Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind aufgrund der gesetzlichen Vorgaben in § 21 KlimaG BW explizit für Freiflächen-Photovoltaik vorgesehen. Solarthermie-Anlagen würden mit dem in § 21 KlimaG BW festgelegten Flächenziel in Konflikt stehen und sind daher nicht zulässig. Das Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen hat mit Schreiben vom 13.02.2024 bestätigt, dass die Festlegung der Gebiete ausschließlich zu Gunsten von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu erfolgen hat.

Mit der Festlegung der Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen wird die Privilegierung des § 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB, die sich auf Solaranlagen allgemein bezieht, aufgrund des § 21 KlimaG BW auf den Anlagentyp „Photovoltaik“ eingeschränkt. Allerdings benötigen Solarthermie-Anlagen Abnehmer für die erzeugte Wärmeenergie in der Nähe der Anlagen. Die Vorbehaltsgebiete für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen erfüllen diese Voraussetzung zumeist jedoch nicht.

Erreichen
des Flächen-
ziels

Die Festlegung der Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen als regionalplanerisches Instrument im Zusammenwirken mit dem überlagernden Regionalen Grünzug ist dazu geeignet, die gesetzlich geforderte Flächensicherung des § 21 KlimaG BW zu erreichen und eine umfassende Perspektive für die Nutzung solarer Energie aufzuzeigen. Der Beitrag zum Erreichen des Flächenziels ist bestimmbar: Mit der Festlegung der Vorbehaltsgebiete können ca. 0,7 % der Region für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen ausgewiesen werden. Damit wird der gesetzlichen Forderung des § 21 KlimaG BW nachgekommen und das Flächenziel in Höhe von mindestens 0,2 % der Regionsfläche entsprechend umgesetzt.

Räumliche
Abgrenzung

Mit der Festlegung von „Gebieten für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ werden Bereiche in den Regionalen Grünzügen definiert, in denen die Errichtung entsprechender Anlagen mit einer möglichst geringen Beeinträchtigung von Freiraumfunktionen und dem Landschaftsbild verbunden ist. Dadurch wird eine möglichst raumverträgliche Einbindung entsprechender Anlagen in das regionale Nutzungsgefüge angestrebt.

Für die Abgrenzung der Vorbehaltsgebiete sind Eignungskriterien (z. B. technische Anforderungen und günstige Standortparameter, die Ausrichtung an bestehenden Vorprägungen im Raum) sowie Ausschlusskriterien, die der Errichtung von PV-Anlagen aufgrund faktischer, rechtlicher oder planerischer Aspekte entgegenstehen, maßgeblich. Zudem wurden für die Abgrenzung der Flächen die Privilegierungstatbestände des Baugesetzbuches (BauGB) herangezogen: Gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB sind Anlagen zur „Nutzung solarer Strahlungsenergie“ in einem 200-Meter-Korridor entlang von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes planungsrechtlich privilegiert. Mit dem Aufgreifen dieses Sachverhaltes kann erreicht werden, dass

die geplanten Vorbehaltsgebiete insbesondere auch jene Bereiche umfassen, für die bundesrechtlich eine (erhebliche) Verfahrenserleichterung vorgesehen ist.

Neben den im BauGB angeführten Infrastrukturtrassen werden aufgrund einer vergleichbaren Raumwirkung auch autobahnähnliche Bundesstraßen (4-spurige Trassenabschnitte), 2-spurige Nahverkehrstrassen, im Bau befindliche oder planfestgestellte Verkehrstrassen der vorgenannten Verkehrsinfrastrukturen, Umspannwerke, Deponien, Konversionsflächen berücksichtigt. Zudem sind drei bestehende Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen, die sich auf ehemaligen Deponieflächen befinden, ebenfalls als Vorbehaltsgebiete festgelegt.

Auch für diese Anlagen wird in einem Umgriff von 200 m eine entsprechende Vorprägung angenommen, wenn ein entsprechender Wirkzusammenhang besteht. In den Vorbehaltsgebieten außerhalb der von der Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB erfassten Bereiche (entlang von Autobahnen und übergeordneten Schienenwegen) ist in der Regel die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.

Die über Fachrecht gesicherten Aspekte gelten unabhängig regionalplanerischer Regelungen.

Bei verfahrensfreien Vorhaben verbleibt die Verantwortung bei den Vorhabenträgern, die Einhaltung aller einschlägigen öffentlich-rechtlichen Anforderungen eigenverantwortlich zu prüfen und sicherzustellen.

Ausfertigungsvermerk für den Textteil

Ausgefertigt:

Stuttgart, den 03.12.2025



Rainer Wieland

Verbandsvorsitzender